

**Die Ära des Neuköllner
Bürgermeisters
Buschkowsky ist zu Ende**



Neu-Köllnisch

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

LINKES INFORMATIONSD- UND DISKUSSIONSBLATT · FEBRUAR/MÄRZ 2015

Volksbegehren für Mieterrechte

Der „Tempelhof-Erfolg“ hat Mut gemacht – nun steht mit dem Mietenvolksbegehren ein ungleich anspruchsvolleres Vorhaben an, informiert Marlis Fuhrmann.

Lesen Sie Seite 3.

Solidarität mit Griechenland im eigenen Interesse

Syriza hat die Wahlen in Griechenland gewonnen. Ein Ende der Austeritätspolitik bedeutet die Chance für bessere Lebensbedingungen für die Griechen, aber letztlich für Millionen Menschen, auch in Deutschland, meint Michael Schlecht.

Lesen Sie Seite 6.

Zwangsverrentung: Armutsproblem für Hartz-IV-Betroffene

Im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales fand eine öffentliche Sachverständigenanhörung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Abschaffung der Zwangsverrentung von SGB-II-Leistungsberechtigten“ statt. Jürgen Dahl beobachtete die Anhörung.

Lesen Sie Seite 7.

Olympische Spiele in Berlin: Ihr habt wohl sonst nichts zu tun?

„Eine Bewerbung Berlins für Olympische Spiele 2024 oder 2028 ist gegenwärtig realitätsfremd, ja absurd“, meint die Sportpolitische Sprecherin der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, Gabriele Hiller.

Lesen Sie Seite 8.

DIE GRENZE VERLÄUFT
NICHT ZWISCHEN den VÖLKERN
SONDERN ZWISCHEN OBEN
UND UNTEN

Flüchtlinge willkommen!

Gegen jeden Rassismus!

Gegen Islamfeindlichkeit!

In dieser Ausgabe:

- **Flagge zeigen gegen Rassismus. Seite 4**
- **Profit auf Kosten der Flüchtlinge. Seite 5**

#nopegida

„Ein Populist verlässt die Bühne“

Die Ära des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) ist zu Ende



Foto: KDH

Ohne Abschiedsschmerz. „Tschüssikowsky“ hieß es schon im September 2012 auf einer Protestkundgebung vor dem Rathaus Neukölln, nachdem Heinz Buschkowsky „sein“ Buch „Neukölln ist überall“ veröffentlicht hatte.

Neuköllns umstrittener Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) tritt nach 15 Jahren im Amt ab.

Sein Rücktritt war zu erwarten, der Termin kam jedoch überraschend. „Wir hoffen, dass nach dem Ausscheiden von Buschkowsky im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung eine neue konstruktivere Kultur im Rathaus Neukölln beginnt. Mit dem Ende der einsamen Entscheidungen werde hoffentlich wieder ein zielführender Dialog möglich, für die beste Lösung für die Menschen von Neukölln,“ erklären der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln Thomas Licher und Moritz Wittler, Sprecher des Bezirksverbandes DIE LINKE Neukölln in einer gemeinsamen Stellungnahme.

„Mit dem Rücktritt von Buschkowsky verlässt ein Populist die Bühne. Um die eigene Bekanntheit zu fördern, hat er sich bundesweit auf Kos-



Vignette: Franz Zauleck

ten von sozial Benachteiligten sowie Migrantinnen und Migranten selbst in Szene gesetzt. Er hat wesentlich in Kauf genommen, dass ein negatives Bild von Neukölln in der Öffentlichkeit entstanden ist.“

Zur Bilanz Buschkowskys gehöre, dass er „im vorauseilenden Gehorsam gegenüber dem Senat den Personalabbau im Bezirksamt so brutal umgesetzt hat, dass schon jetzt die personellen Zielzahlen der Senatsfinanzverwaltung massiv unterboten sind. Die Neuköllnerinnen und

Neuköllner müssen das zum Beispiel bei den überlangen Wartezeiten in den Bürgerämtern ausbaden,“ erklären Licher und Wittler. Buschkowsky hinterlasse alleine im Schulbereich einen Investitionsstau von rund 140 Millionen Euro. Von ihm sei schon seit langem keinerlei sinnvolle Initiative für den Bezirk ausgegangen. In wichtigen Fragen habe das Neuköllner Bezirksamt unter seiner Leitung nur noch verhalten reagiert, anstatt aktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Neuköllnerinnen und Neuköllner einzutreten.

„Buschkowsky hinterlässt als Hypothek, dass in Neukölln massenhafte soziale Verdrängung durch steigende Mieten und Umwandlung von Mietwohnungen stattfindet“, so die beiden Bezirkspolitiker der LINKEN. „15 Jahre im Amt des Bezirksbürgermeisters, das bedeutet auch zur eigenen Verantwortlichkeit zu stehen und ungelöste Aufgaben nicht mit einem flotten Spruch beiseite zu schieben.

Davon war und ist Heinz Buschkowsky weit entfernt.“

Offenbar aus gesundheitlichen Gründen „wegen Dienstunfähigkeit“ hat der 66-jährige SPD-Politiker am 27. Januar 2015 den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) gebeten, ihn zum 1. April in den Ruhestand zu versetzen. Er war seit 15 Jahren im Amt. Noch vor knapp zwei Jahren ließ er sich seine Amtszeit bis 2016 verlängern.

Nachfolgerin Franziska Giffey

Als Nachfolgerin ist die 37-jährige Bildungsstadträtin Franziska Giffey, seit 2014 SPD-Kreisvorsitzende in Neukölln, im Gespräch. 2011 war die Politikwissenschaftlerin an einer Publikation zum Thema „Die Bedeutung der Sprachkompetenz und der Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen für die Integration“ beteiligt. Sie hat ihre Bereitschaft zur Kandidatur als Bürgermeisterin erklärt. Die Nominierung liegt jetzt bei der SPD.



Foto: Bertil Wever

Mit einer Petition, die bereits von 505 Personen unterzeichnet wurde, wird der Erhalt der „Frauen-Schmiede“ gefordert.

Frauen-„Schmiede“ Richardplatz weiterhin gefährdet

Vor dem Rathaus Neukölln versammelten sich Vertreterinnen des Netzwerks „Frauen in Neukölln“, das aus 45 Frauenprojekten aus dem Bezirk besteht, um sich für den Erhalt des Frauentreffpunktes „Schmiede“ am Richardplatz zu demonstrieren.

In einer Petition, die bereits von 505 Personen unterzeichnet wurde, wird der Erhalt des Treffpunktes unter der Regie eines Frauenträgers gefordert, eine Gleichbehandlung wie bei den Seniorenfreizeitstätten sowie eine Aufstockung der Ressourcen der Neuköllner Gleichstellungsbeauftragten, unter anderem mit Personalstel-

len für den Servicebereich. Durch finanzielle Forderungen des Bezirksamts sah sich der bisherige Träger gezwungen, das Frauenprojekt aufzugeben. Bisher musste der Träger der seit rund 25 Jahren bestehenden Einrichtung zum Beispiel keine Miete zahlen. Das Kursangebot konnte preiswert angeboten werden. Jetzt verlangt der Bezirk Neukölln 8.400 Euro Miete und 7.200 Euro für Nebenkosten.

Für DIE LINKE hat sich Thomas Licher für den Erhalt der Frauen-„Schmiede“ in der ursprünglichen Form und ohne zusätzliche Zahlungen an den Bezirk eingesetzt. RO

Volksbegehren für Mieterrechte

Der „Tempelhof-Erfolg“ hat Mut gemacht – nun steht mit dem Mietenvolksbegehren ein ungleich anspruchsvolleres Vorhaben an.

Zur Miete wohnt fast jeder, aber ist Berlin damit eine Mieterstadt? Von den etwa 1,9 Millionen Berliner Wohnungen sind 85 Prozent Mietwohnungen. Der kommunale Bestand nähert sich den 300.000 „Wohneinheiten“. Zusammen mit den kleineren Genossenschaften und Wohnungsbauevereinen hält das Land so 25 Prozent des Berliner Wohnungsbestandes.

Aber Mietsteigerungen bis hin zur Vertreibung aus der Wohnung treffen sowohl Mieter auf dem privaten Wohnungsmarkt wie in Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften. Auseinandersetzungen mit Investoren und Besitzern von vermieteten Eigentumswohnungen machen es offensichtlich: Wohnhäuser als Kapitalanlage, Luxusmodernisierung, überhöhte Neuvermietung, leistungslose Mieterhöhung und Ferienwohnungen bezeichnen das Arsenal der Vertreibung.

Aber auch bei kommunalen Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften (WBG) stehen die Wohnungen und nicht die Mieter im Mittelpunkt. Ihnen gehören die meisten der immer weniger werdenden 140.000 Sozialwohnungen. Im engeren Sinn sind dies nur die mit Fördermitteln entstandenen Wohnungen. Im Gegenzug war eine 20 Jahre dauernde Sozialbindung mit in der Höhe gedeckelten Mieten vereinbart. Doch diese Bindung ist vielfach ausgesetzt oder ausgelaufen. Und für die andere Hälfte der kommunalen Wohnungen galt sie nie.

Senat als zweifelhafter Partner

Bekannterweise liegen die Mieter für Sozialwohnungen oft über dem Satz, den das Jobcenter zahlt. Sanierete Wohnungen werden unbezahlbar und Neubauten übertreffen den Berliner Mietspiegel. Auch die eigentlich wünschenswerten Zukäufe von Wohnungsbeständen durch Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften

sagen noch nichts über die künftigen Miethöhen aus. Das 2012 geschlossene Bündnis des Senats mit seinen WBG erscheint unzureichend bis wenig seriös (keine sozialverträgliche Mieterhöhung, Wiedervermietung und Neubau, geringe Wohnungszukäufe). Scheinbar den Mieterinteressen dienende Instrumente wie Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverordnung sowie städtebauliche Verträge lassen viele Ausnahmen für Investoren zu. Wer da gutgläubig ist, der wird getäuscht.

Beim Neubau setzt der Senat eher auf Luxuswohnungen als auf einen Beitrag zur Wohnraumversorgung (Andrej Holm, „Die Welt“, 22. Januar 2015). Maximal 30 Prozent der kommunalen Neubauten sollen „bezahlbar“ sein. Zum Berliner Neubaubeauftragten wurde Frank Bielka ernannt – der ehemalige Degewo-Chef, der mit einer Bebauung des Tempelhofer Feldes scheiterte. Dabei handelt es sich um einen Lobbyistenjob, denn eine Neubauleitstelle gibt es bereits.

Ein Mietenvolksbegehren wagen

Seit dem letzten Jahr formiert sich ein breiter Widerstand gegen diese Praxis. Stadtpolitische Initiativen organisieren ein berlinweites Mietenvolksbegehren. Das ist kompliziert. Eine hohe Hürde bedeutet bereits das Formulieren eines entsprechenden Gesetzentwurfes. Was kann man auf der Landesebene fordern und was ist bereits Bundesrecht? Welche Forderungen dürfen nicht in einem Begehren miteinander gekoppelt werden? Wo kann man den Hebel am wirksamsten ansetzen?

Im Zentrum werden die kommunalen Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften und ein Fonds zur sozialen Wohnraumförderung stehen. Dazu soll es eine große begleitende Kampagne geben, zur Besprechung der Themen in der Mietpolitik, die nicht mit aufgenommen werden konnten. Dabei wird wahrscheinlich auch ein



Foto: KDH

Das „Bündnis für bezahlbare Mieten Neukölln“ übergab am 16. Januar 3.500 Unterschriften für den Einwohnerantrag zum Milieuschutz in ganz Nord-Neukölln an die Bezirksverordnetenversammlung.

zweites – Senatsverordnungen forderndes – Mietenvolksbegehren zur Beratung anstehen.

Neuorientierung der kommunalen WBG

Kommunale Wohnungsbau- und Wohnungsgesellschaften sollen wieder eine tatsächliche Gemeinwohlorientierung aufweisen. Dazu sind sie in Anstalten öffentlichen Rechts zu überführen. Ihre Einnahmen dürfen nicht zur Finanzierung des Berliner Haushaltsdefizites dienen. Sie haben in den Gesellschaften zu verbleiben und sind zur Wohnungsmodernisierung, Mietenstabilisierung und Bestandserweiterung zu verwenden.

Die Position der Mieter muss über Mieterräte in den einzelnen Siedlungen gestärkt werden. Ohne ihre Zustimmung sind keine größeren mietenwirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Soziale Wohnraumförderung

Zur sozialen Wohnraumförderung soll ein entsprechend ausgestatteter Fonds eingerichtet werden. Aus ihm sind sowohl der Schutz bestehender Wohnraumes wie sozialorientierter Neubau zu bezahlen. Dazu gehören Wohnungsankäufe durch kommunale WBG, um sie dem Markt zu entziehen, sowie die Korrektur des alten Fördersystems. Mietenzuschüsse sind zwecks Erhaltung des Mietverhältnisses direkt

an einkommensschwache Mieter auszuzahlen. Eine Neubauförderung darf nur gegen eine langjährige Sozialbindung von 50 Jahren erfolgen, damit sie für Spekulanten unattraktiv ist.

Weitere Forderungen

Ins Begleitprogramm gehört zunächst die zwingend notwendige Beteiligung oder Partizipation der Bürger am Berliner Planungsprozess. Als Sofortmaßnahme brauchen wir eine weitreichende Umwandlungsverordnung, die eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in ganz Berlin und nicht nur in den Milieuschutzgebieten verhindern kann. Der Mietspiegel ist als sein eigener Mietentreiber anzusprechen ...

Und wenn wir unter bestimmten Bedingungen Neubau wollen, müssen wir auch darüber reden, wo dies geschehen soll. Bei der vom Senat entwickelten „Kooperativen Baulandentwicklung durch Städtebauliche Verträge“ sollten wir bei privaten Bauvorhaben die Maximalforderung von 30 Prozent Sozialwohnungen zum Standard erheben. Und nicht zuletzt muss das Jobcenter zum Schutz vor Wohnungsverlust den Sozialmietern die marktübliche Miete zahlen.

Marlis Fuhrmann
Wohnungspolitische Sprecherin der
Neuköllner BVV-Fraktion DIE LINKE
DIE LINKE.Berlin-Neukölln



Foto: Doris Hammer

Gegen „Pegida“ ein klares Zeichen setzen, denn „Pegida“ ist eine rassistische, antimuslimische Bewegung, die durch nichts gerechtfertigt werden kann.

Flagge zeigen gegen Rassismus!

Angesichts der rassistischen Mobilisierungen von Neonazis, „Pegida“ und seinen Ablegern in den letzten drei Monaten und dem Aufstieg der AfD im letzten Jahr ist für DIE LINKE. Neukölln der Kampf gegen Rechts ein wichtige Aufgabe.

Aufgrund der massenhaften antirassistischen Mobilisierungen bundesweit konnten „Pegida“ und andere „Gidas“ gespalten werden, die Neonazi-Mobilisierungen gegen Flüchtlinge haben zumindest Mobilisierungsprobleme.

Der Rassismus gegen Flüchtlinge und Muslime bleibt aber eine Gefahr. Der Nährboden dafür sind die andauernde Stigmatisierung von Muslimen durch Politiker und Me-

dien wie Sarrazin, Buschkowsky und Bildzeitung seit dem „Krieg gegen den Terror“, die Kasernierung von Flüchtlingen, die zu Sündenböcken gemacht werden und soziale Unsicherheit und Abstiegsängste angesichts von zehn Jahren Hartz IV und der Krise des Kapitalismus, die sich in der Eurokrise ausdrückt.

1. In den antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten suchen wir - wie bisher - die breite Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Moscheegemeinden, Kirchen, Flüchtlingen und anderen. Gleichzeitig thematisieren wir als LINKE den Sozialabbau, Kriegseinsätze, Fluchtursachen und den geschürten Rassismus der vergangenen Jahre und kritisieren die

Bundesregierung für ihre Politik für Profiteure statt für Menschen - ob im Sozialen oder bei der Abschottung Europas gegen Flüchtlinge.

2. Wir arbeiten daran, die Willkommenskultur für Flüchtlinge in Neukölln zu verbreitern, für die neue Flüchtlingsunterkunft an der Karl-Marx-Straße, die Notunterkunft im Mariendorfer Weg und die erweiterte Unterkunft an der Haarlemer Straße - in der AG Flucht und Asyl im Bündnis Neukölln und in der Flüchtlingshilfe Britz.

3. Wir mobilisieren mit dem Bündnis Neukölln gegen Rechts am Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März in Rudow und am 28. Februar in Dresden, wo „Dresden für alle“ zu einer Demonstration „Gleiche Rechte für alle“ aufruft, um ein Zeichen gegen Rassismus und für Solidarität mit den Geflüchteten zu setzen.

4. Wir laden Betroffene, Flüchtlinge und muslimische Gemeinden ein, mit uns und anderen gemeinsam zu Veranstaltungen gegen Rassismus einzuladen.

„Auf Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Rassismus gibt es kein demokratisches Recht, sondern die demokratische Pflicht zum Widerstand dagegen. Willy Brandt wollte mehr Demokratie wagen. An so etwas wie ‚Pegida‘ hat er mit Sicherheit dabei nicht gedacht. Sigmar Gabriel tritt Brandts Erbe mit Füßen.“

Die soziale Polarisierung, die der SPD-Vorsitzende als Hauptgrund für die Hilflosigkeit vieler Menschen ausmacht, hat maßgeblich seine Partei mit der Agenda 2010 zu verantworten. Sie verantwortet damit auch die zunehmende Ausgrenzung und Prekarisierung, die zunehmende Angst vor Altersarmut durch Rentenkürzungen.

Statt sich zum Oberlehrer der deutschen Politik aufzuschwingen, täte Sigmar Gabriel ein Griff an die eigene Nase gut. Wenn er den Menschen ihre Alltagssorgen nehmen will, muss er die Politik ändern, die millionenfachen sozialen Abstieg und Abstiegsängste produziert hat.“

Bernd Riexinger,
Parteivorsitzender DIE LINKE,
am 6. Februar 2015

Geflüchtete bitten: Kommt nach Dresden!

Seit mehreren Wochen gehen in Deutschland über 100.000 Menschen gegen Gruppierungen wie „Pegida“, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf die Straße. Das ist sehr ermutigend. ... Wir bitten euch, unterstützt uns dabei, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Kommt am 28. Februar 2015 nach Dresden und demonstriert mit uns gemeinsam für mehr Rechte für Flüchtlinge.

**DIE GRENZE VERLÄUFT
NICHT ZWISCHEN den VÖLKERN
SONDERN ZWISCHEN OBEN
UND UNTEN**

Profit auf Kosten der Flüchtlinge

Dubiose Gestalten verdienen sich mit der Unterbringung von Flüchtlingen eine goldene Nase.

Krieg, Verfolgung und Hunger bringen zahlreiche Menschen dazu, in Europa Schutz zu suchen. So auch bei uns in Berlin. Der Berliner Senat hat allerdings wenig getan, um diesen Menschen Wohnraum, Betreuung und Hilfe zukommen zu lassen. In der Flüchtlingsunterbringung setzt er auf Massenunterkünfte statt auf individuelle Unterbringung in Wohnungen. An vielen Orten der Stadt werden hektisch Sammelunterkünfte geschaffen, wo Geflüchtete weitgehend isoliert und ohne angemessene Unterstützung untergebracht werden.

Dabei arbeitet das Land Berlin auch mit privaten Firmen zusammen,

die für den Betrieb von Flüchtlingsheimen mit Tagessätzen bezahlt werden. In diesem Geschäft mischen auch dubiose Gestalten mit, die sich mit Flüchtlingsunterbringung eine goldene Nase verdienen.

Das geht natürlich nur auf dem Rücken der Flüchtlinge. Denn weniger Ausgaben für Personal und Ausstattung bedeuten höheren Gewinn für die Betreiber. Ein Beispiel dafür ist die Unterkunft der Firma PeWoBe in der Neuköllner Haarlemer Straße. Die Firma gehört dem Unternehmer Helmuth Penz, der schon seit vielen Jahren mit verschiedenen Heimen in Berlin Geld verdient. Überbelegung, kaputte sanitäre Anlagen und mangelnde Betreuung durch Sozialarbeiter sind in der Haarlemer Straße an der Tagesordnung. Der Senat wiederum kon-

trolliert die Standards nur ungenügend und lässt die Betreiber gewähren. So fließt eine Menge Steuergeld, das eigentlich für die Flüchtlinge gedacht ist, in die Taschen von Unternehmern. Warum und unter welchen Bedingungen der Senat Verträge mit solchen Unternehmen schließt, legt er nicht offen. Daher ist das Ganze für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar.

Neuerdings mischt auch ein alter Bekannter im Geschäft um die Flüchtlingsheime mit: Der Neuköllner CDU-Kreisvorsitzende und ehemalige Staatssekretär Michael Büge. Dieser musste seinen Posten im Jahr 2013 räumen, weil er Mitglied der rechten Burschenschaft Gothia ist, die schon mehrfach wegen deutschnationaler Äußerungen

und Kontakten zur extremen Rechten auffiel. Nun möchte Herr Büge anscheinend auch ein Stück vom Kuchen abhaben. Eine Firma, an der er und seine Familie beteiligt ist, will die geplante Unterkunft für 300 Personen in der Karl-Marx-Straße betreiben. Der Senat ist der Auffassung, dass hier keine Interessenkollision mit seinem früheren Amt vorliegt. Angeblich soll Büge inzwischen seine persönliche finanzielle Beteiligung aufgegeben haben.

Am Ende sind es die Geflüchteten, die unter den Zuständen zu leiden haben und die unsere Unterstützung brauchen. DIE LINKE Neukölln wird sich auch weiterhin gemeinsam mit vielen anderen in den Unterkünften für die Menschen einsetzen und auf Missstände hinweisen. *N.Sch.*

Kurzfristige Eröffnung einer dritten Flüchtlingsunterkunft in Neukölln

Am Mariendorfer Weg wurde kurzfristig eine weitere Neuköllner Flüchtlingsunterkunft eingerichtet.

Wegen eines starken Zustroms von Geflüchteten zum Jahreswechsel 2014/15 drohte eine humanitäre Notlage bei der Unterbringung der Menschen. Deshalb hat das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) die Bezirke am **Neu-Köllnisch** · Februar/März 2015

6. Januar angeschrieben und sie aufgefordert, zur Unterbringung der Flüchtlinge jeweils eine Turnhalle zur Verfügung zu stellen.

In Neukölln wurde eine andere Möglichkeit gefunden. Im Dezember 2014 waren die mobilen Schulcontainer der Hermann-Sander-Schule freigegeben, weil die Schüler in die ehemalige Thomas-Morus-Schule umgezogen sind.

In die neue Flüchtlingsunterkunft sollen bis zu 100 Personen, vorwiegend Familien einziehen. Vorgeesehen ist, 12 bis 14 Personen pro ehemaligem Klassenzimmer unterzubringen. Nach der vorläufigen Inbetriebnahme und Betreuung der Flüchtlinge durch den Arbeiter-Samariter-Bund übernahm am 23. Januar die „Neue Treberhilfe“ den Betrieb der Unterkunft. *RO*

5 vor 12?

Mit Vielfalt Rassismus und Rechtspopulismus überwinden!

Am 21. März, dem „Internationalen Tag gegen Rassismus“, werden auf Initiative des „Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg“ (TBB) wieder dezentral Aktionen stattfinden. In Neukölln um 11.30 Uhr: An der Rudower Spinne – Neuköllner Straße, Ziethener Chaussee, Waltersdorfer Chaussee, Neudecker Weg, Alt-Rudow.

Solidarität im eigenen Interesse

Syriza hat die Wahlen in Griechenland gewonnen.

Die neue griechische Regierung wird nun in Verhandlungen eintreten um die Situation in Griechenland, aber letztlich auch in ganz Europa zu verbessern.

Keiner sollte sich Illusionen machen: der Wahlsieg von Syriza kann nur der Anfang sein, der weitaus schwierigere Teil steht noch bevor.

Was den Euroländern aufgezwungen wurde, ist eine verschärfte Agenda 2010, die Deutschland einen der größten Niedriglohnssektoren Europas, einen Anstieg der Armut und massenhafte Entwürdigung von Betroffenen gebracht hat.

Merkel wird alles dafür tun, dass die von ihr aufgezwungene Kürzungspolitik nicht ins Wanken gerät, dafür wird sie auch wieder mit dem Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone drohen. Die Folgen für den Rest der Eurozone seien beherrschbar, heißt es. Richtig ist, dass deutsche Banken nicht mehr nennenswert in Griechen-

land investiert sind. Die vermeintlichen Rettungsgelder flossen ja zum überwiegenden Teil direkt an Banken und andere Finanzinstitute, auch in Deutschland.

Ein Ende der Austeritätspolitik bedeutet die Chance für bessere Lebensbedingungen für die Griechen, aber letztlich für Millionen Menschen, auch in Deutschland. Denn das Gegenmodell heißt höhere Binnen nachfrage, also höhere Löhne, mehr dringend benötigte öffentliche Investitionen, lebensstandardsichernde Renten und der Kampf gegen Steuerhinterziehung sowie für höhere Besteuerung der Superreichen.

DIE LINKE wird sich massiv dafür einsetzen, dass der Druck auch in Deutschland wächst für ein Ende der Kürzungspolitik. Doch entscheidend ist, dass auch außerparlamentarisch mehr Druck entsteht, vor allem seitens der Gewerkschaften. Solidarität mit Griechenland ist im ureigensten Interesse der Menschen auch hierzulande.

Michael Schlecht



Foto: DIE LINKE, Neukölln

Solidarische Grüße des Neuköllner Bezirksvorstands der LINKEN an Syriza, unmittelbar vor den Wahlen in Griechenland (oben). Solidaritätsaktion vor dem Bundesfinanzministerium, als am 5. Februar der neue griechische Finanzminister Gianis Varoufakis auf Bundesfinanzminister Schäuble traf.



Foto: Erika Mourgues

DIE LINKE. Neukölln: alle Termine www.die-linke-neukoelln.de



Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.
DIE LINKE, Wipperstraße 6

BO Hermannstraße

Die Basisorganisation Hermannstraße umfasst das Gebiet zwischen Hasenheide, Karl-Marx-Str./Buschkrugallee, Teltowkanal bis zur Bezirksgrenze zu Tempelhof und Kreuzberg. Selbstverständlich sind auch Menschen eingeladen, die nicht in diesem Gebiet wohnen.

Die BO trifft sich an jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Wipperstraße 6, 12055 Berlin.

BO Rixdorf

Die Basisorganisation Rixdorf ist eine regionale Untergliederung des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln und umfasst das Gebiet zwischen der Grenze zu Treptow im Norden, dem

Teltowkanal im Osten, der Karl-Marx-Straße (einschließlich) im Süden und der Fuldastraße (einschließlich) im Westen.

Die BO trifft sich zweiwöchentlich jeweils dienstags um 19 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin,

BO Reuterkiez

Die Basisorganisation Reuterkiez engagiert sich gegen wachsende Armut im Kiez und für Kampagnen wie gesetzlichen Mindestlohn, Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und bessere Ausbildungschancen für Jugendliche. Um für soziale und friedenspolitische Themen mehr Akzeptanz und Unterstützung im Bezirk zu gewinnen, organisiert die BO regelmäßig Info-Stände. Die BO Reuterkiez trifft sich alle zwei Wochen montags jeweils von 19 bis 21 Uhr im „Verein iranischer Flüchtlinge“, Reuterstraße 52 (unweit U-Bhf. Hermannplatz).

BO 44

„44“ steht für die Bezeichnung des früheren Postzustellbezirks des nördlichen Neukölln und zeigt, dass wir uns auch mit der konkreten Situation in unserem Bezirk beschäftigen wollen. Gentrifizierung und Verdrängung etwa, das Zusammenleben in den Neuköllner Kiezen, die Bedeutung antirassistischer Engagements, aber auch die gefährliche Zunahme neofaschistischer Aktivitäten in Neukölln sind einige dieser Themen.

AG Antifaschismus/Antirassismus

Die Arbeitsgruppe Antifaschismus/Antirassismus (AntiFaRa) im Bezirksverband DIE LINKE. Neukölln trifft sich, um Aktionen vorzubereiten, zum Beispiel für die Mobilisierung zu Blockaden gegen Aufmärsche von Neonazis. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind in verschiedenen antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen in Neukölln aktiv.
Kontakt: irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

AG Hartz IV

Der Arbeitskreis Hartz IV (AG) ist eine Arbeitsgemeinschaft des Bezirksverbandes der LINKEN in Neukölln. Die AG trifft sich an jedem zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin - nahe S- und U-Bhf. Neukölln.

Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffene eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf. Neukölln).

Die nächsten Termine: 11.2., 25.2., 11.3., 25.3.2015

BVV-Fraktion DIE LINKE.

Bürozeiten: Montag von 16 bis 20 Uhr und Donnerstag von 10 bis 14 Uhr
Telefon: 030 / 90239-2003
Rathaus Neukölln, Raum A 307
Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE in der BVV Neukölln
16.2., 23.2., 16.3., 23.3.2015
jeweils um 17.30 Uhr,
Rathaus Neukölln, Raum A 307
Sitzungen der BVV
25.2., 25.3.2015
jeweils um 17 Uhr,
Rathaus Neukölln, BVV-Saal

Weitere Termine, wie Infostände und Aktionen, im Internet: www.die-linke-neukoelln.de oder bei Facebook: DIE LINKE. Neukölln



Frauenkampftag 2015

Am 8. März wollen wir die Kämpfe für Gleichberechtigung, gegen Diskriminierung und Konkurrenz gemeinsam auf der Straße sichtbar machen! Seid mit dabei und bringt eure Freund*innen mit: am 8. März um 13 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz www.frauenkampftag2015.de

Am 18. März will die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier feierlich eröffnen. Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung.

Schon zeigen die angekündigten Blockupy-Proteste Wirkung. Was großspurig als Super-Event angekündigt wurde, fällt nun sehr viel kleiner aus. Viele Absagen. Trotzdem: Wie in den vergangenen Jahren werden die Blockupy-Proteste am 18. März aus Anlass der Eröffnung des EZB-Hauptquartiers eine internationale Manifestation. Im Aufruf heißt es: „Wir reden vom ‚Europa von unten‘ und mobilisieren gemeinsam mit Aktivist_innen aus anderen Ländern gegen die autoritäre Krisenpolitik in Europa.“ Um zahlreiche Teilnahme aus anderen Ländern zu unterstützen, wurden „Solitickets“ erstellt. Die Tickets gibt es auch bei den Neuköllner LINKEN.

Foto: Blockupy



Zwangsverrentung: Armutproblem für Hartz-IV-Betroffene

Am 1. Dezember 2014 fand im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales eine öffentliche Sachverständigenanhörung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Abschaffung der Zwangsverrentung von SGB-II-Leistungsberechtigten“ statt. Jürgen Dahl beobachtete die Anhörung.

Das Problem brennt vielen Hartz-IV-Betroffenen unter den Nägeln. Vor sieben Jahren ist die so genannte 58-er Regelung abgelaufen. Sie verpflichtete ältere Erwerbslose zum vorzeitigen Übergang in eine abschlagsfreie Altersrente. Das hat sich mit der Agenda 2010 verändert, die vorgezogene Altersrente ist seither in großem Umfang mit Altersarmut verbunden.

Im Zuge der Agenda 2010, insbesondere mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, trat auf dem Arbeitsmarkt genau das Gegenteil von den Erwartungen der SPD ein. Die Zahl der Menschen ohne sozialabgabepflichtige Arbeit ist deutlich gestiegen. Das widerspiegelt sich auch in der Lage der Rentner. In Deutschland leben derzeit zirka 15 Millionen Rentner mit weniger als 850 Euro Rente. Sie sind auf zusätzliche finanzielle Hilfe, wie Grundsicherung, angewiesen.

Vor diesem Hintergrund setzten sich die Sachverständigen mit dem Problem der Zwangsverrentung auseinander.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** teilt die Forderung nach Abschaffung der so genannten Zwangsverrentung von Hartz-IV-Betroffenen. Es handele sich um einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Lebensgestaltung einer Personengruppe. Durch die „Zwangsverrentung“ drohe ein Überwechseln der Personengruppe in die Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) und nach Erreichen der Regelaltersgrenze dauerhaft in die Grundsicherung im Alter.

Der **Deutsche Caritasverband** lehnt die Möglichkeit ab, Leistungsempfänger mit Vollendung des 63. Lebensjahres auf die Beantragung von vorzeitiger Altersrente zu verweisen. Ein Leistungsempfänger sollte wie ein nicht auf ALG II angewiesener Arbeitnehmer frei entscheiden können, ob er vorzeitig mit Abschlägen in Rente gehen möchte. Der Deutsche Caritasverband schlägt daher folgende Gesetzesänderung vor: Die §§2 S.2 Nr.1 und 13 Abs. 2 SGB II sowie die Unbilligkeitsverordnung sind ersatzlos zu streichen.

Der **Paritätische Gesamtverband** unterstützt die Forderung nach Abschaffung der Zwangsverrentung von SGB-II-Leistungsberechtigten uneingeschränkt. In der Zwangsverrentung sieht er einen unverhältnismäßigen Unterhaltsrückgriff und ein wachsendes Risiko verdeckter Armut.

Die Position des **AWO-Bundesverband e.V.**: „Insgesamt begrüßen wir die dem vorgelegten Antrag zu-

grunde liegende Intention, die Verpflichtung zur vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente im SGB II zu streichen.

Fazit: Breite Ablehnung der Zwangsverrentung

Im Verlauf der Anhörung der Sachverständigen empfand ich eine gewisse Genugtuung, widerspiegelte doch ein großer Teil der Stellungnahmen den Inhalt und die Forderungen der Petition vom 31. Juli 2014 zur Abschaffung des § 12a des SGB II.

Denn längst ist den meisten klar, die Zwangsverrentung ist ein massiver Eingriff in Grundrechte und erworbene Rechte. Zwangsverrentung beschneidet das Recht auf freie Entscheidung und kommt einer Entmündigung der Betroffenen gleich.

Deshalb ist es mir unverständlich, dass ein Sachverständiger zu dem Urteil kam: „Es wird aus sachverständiger Sicht empfohlen, von dem vor-

gelegten Antrag Abstand zu nehmen.“ Dass auch der Sachverständige von der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** die Sichtweise auf die Steuerzahler lenkte und einem klaren Ja oder Nein aus dem Wege ging, war für mich nicht so überraschend.

Agenda 2010, das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit

Fakt ist, der Kampf der Bundestagsfraktion DIE LINKE, aller Unterstützer, Sympathisanten, tatkräftigen Mitstreiter und Unterzeichner der Petition zur Abschaffung des §12a hat Bewegung gebracht. Zumindest wurde öffentlich: Die Agenda 2010 ist mit einer ganzen Reihe von Fehlentscheidungen behaftet und brachte genau das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bundestagsdrucksache 18/589.

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zur Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratung findet statt an jedem zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Neukölln in der Wipperstraße 6 (S- und U-Bhf Neukölln).

Die nächsten Termine:

25. Februar, 11. März, 25. März, 8. April 2015

Neu-Köllnisch

Februar/März 2015

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE.

Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE.Neukölln
Wipperstraße 6, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-6 13 59 19

Bankverbindung:
DIE LINKE.Neukölln,
Berliner Bank
IBAN: DE16 100708480525607801

Redaktionsschluss: 8.2.2015
Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 23.3.2015

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.

1/2015



Foto: Uwe Hilsch

Seit die Pläne des Senats für eine Olympiabewerbung bekannt sind, formiert sich eine Bürger-Protestbewegung. Jetzt versucht der Senat mit einer millionenschweren Werbekampagne Stimmung für sein Projekt zu machen.

Olympische Spiele in Berlin:

Ihr habt wohl sonst nichts zu tun?

Wie geht's weiter mit dem Bürgerbegehren Buckower Felder?

Die Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren Buckower Felder war erfolgreich.

Das bestätigte Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Gleichzeitig wollte er aber zu dem weiteren Umgang mit dem Bürgerbegehren keine Auskunft geben und verwies darauf, dass der Senat Anfang Februar darüber abschließend entscheiden will, ob er die Planungen für die Bebauung im Bereich der Buckower Felder an sich zieht. Damit versucht der Senat die Bürgerbeteiligung zu boykottieren. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens überlegen derzeit, ob sie mit rechtlichen Schritten dagegen vorzugehen werden.

Der Senat hatte am 9. Dezember auf Antrag des damaligen Stadtentwicklungssenators Michael Müller dem Bezirk Neukölln das Baurecht für die Buckower Felder entzogen. Hier soll ein großes Neubaugebiet errichtet werden. RO

„Eine Bewerbung Berlins für Olympische Spiele 2024 oder 2028 ist gegenwärtig realitätsfremd, ja absurd“, meint die Sportpolitische Sprecherin der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, Gabriele Hiller.

Das Abstimmungsverhalten der Berlinerinnen und Berliner zur Bebauung des Tempelhofer Feldes zeigte, dass sie mehr als skeptisch sind, was neue Großprojekte betrifft. Der Volksentscheid war nicht nur eine Absage an die Randbebauung des Flughafens, sondern eine Misstrauensbekundung an die Adresse des Regierenden Bürgermeisters und seines Senats. Dieses Misstrauen zieht sich durch alle Bereiche der Stadtpolitik, durch alle Bezirke. Es macht deutlich, wie sehr sich die Regierung der Stadt von den

Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entfernt hat. Nicht wenige Berlinerinnen und Berliner erinnern sich zudem noch gut an die von Skandalen begleitete Olympiabewerbung Berlins für das Jahr 2000, die sehr viel Geld gekostet hat und letztlich mit zur heutigen Verschuldung Berlins beitrug.

Berlin verfügt über eine großartige sportliche Infrastruktur. Diese ist jedoch im höchsten Maße sanierungsbedürftig. Der Sanierungsstau bei Schwimmbädern von zirka 88 Millionen Euro und bei Schulsportanlagen von etwa 220 Millionen Euro sei an dieser Stelle nur beispielgebend genannt. Für einen Teil der Bevölkerung ist die Nutzung selbst von subventionierten Sportstätten wie den kommunalen Bädern schon jetzt kaum möglich. Die Mehrzahl der Sportstätten

Berlins ist zudem nicht olympiatauglich. Es müssten erhebliche Mittel für die bauliche Instandsetzung zu Verfügung gestellt werden – zu Lasten der Anlagen für den Breitensport.

Zwar steht Berlin derzeit scheinbar wirtschaftlich und finanziell gut da. Allerdings zehrt die Stadt zunehmend von ihrer Substanz. Es muss in vielen Bereichen der Stadt – in Brücken, bezahlbaren Wohnraum, Schulen – dringender denn je investiert werden. Unklar ist, was der Flughafen BER noch an Summen verschlingt. Da den Berlinerinnen und Berlinern zu sagen, das Geld müsse nun in eine neue Olympiabewerbung fließen, wobei allein die Bewerbungskosten offiziell bei zirka 50 Millionen Euro liegen, halte ich für wenig erfolgreich.

Dr. Gabriele Hiller

Mach mit! Informieren, diskutieren, mit den LINKEN aktiv werden!

Wenn Du im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte siehst, dann kämpfe mit der Partei DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit, für den demokratischen Sozialismus.

Kontakt: DIE LINKE.Neukölln, Wipperstraße 6, 12055 Berlin

oder direkt bei Lucia Schnell, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln,
0176 24158769, lucia.schnell@die-linke-neukoelln.de

oder Moritz Wittler, Sprecher DIE LINKE.Neukölln,
0172 1604907, moritz.wittler@die-linke-neukoelln.de

Neu-Köllnisch · Februar/März 2015

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE. werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....